

KURZ

Klare Zustimmung RÜSTUNGSPROGRAMM Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats hat das Rüstungsprogramm 2008 im Umfang von 917 Millionen Franken klar genehmigt. Der Entscheid fiel mit acht zu einer Stimme bei zwei Enthaltungen, wie die Parlamentsdienste am Freitag mitteilten. Das Programm setzt mit dem Kauf von geschützten Mannschaftstransportfahrzeugen sowie dem Werterhalt des Kampfflotts F/A-18 zwei klare Schwerpunkte. (ap)

Gegen Rückweisung LEX KOLLER Die ständerätliche Umweltkommission will bei der Aufhebung der Lex Koller vorankommen. Sie hat sich gegen den Beschluss des Nationalrats ausgesprochen, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen, wie die Parlamentsdienste am Freitag mitteilten. Der Entscheid fiel allerdings nur sehr knapp, mit Stichentscheid des Präsidenten. (ap)

Neue Chefin FINANZ-RECHTSDIENST Die Chefin der Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei, Dina Beti, ist zur neuen Leiterin des Rechtsdienstes des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) und der Finanzverwaltung (EFV) gewählt worden. Sie soll ihr neues Amt am kommenden 1. Mai antreten, wie das EFD am Freitag mitteilte. (ap)

Energieminister-Treffen ROM Bundesrat Moritz Leuenberger wird am Montag und Dienstag am 11. Internationalen Energieforum (IEF) in Rom teilnehmen. Minister aus rund 70 Ländern sind angemeldet. Das IEF wird als informelles Treffen hinter verschlossenen Türen geführt, um einen offenen Meinungsaustausch zu ermöglichen. (ap)

TRIBÜNE

Äpfel und Birnen

Werner Seitz

Seit den eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2007 und der Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat haben in den vier Kantonen St. Gallen, Schwyz, Thurgau und Uri Parlamentswahlen stattgefunden. Diese fanden besondere Beachtung, weil die Frage die politischen Gemüter bewegte, ob der Aufwärtstrend der SVP weiter anhalte, gar beschleunigt wurde oder ob er gestoppt sei. Dabei wurden hier und da die Ergebnisse der kantonalen mit jenen der Nationalratswahlen verglichen. Doch ist ein solcher Vergleich zulässig?

Konsens dürfte darin bestehen, dass dies für den Kanton Uri mit nur einem Sitz im Nationalrat wenig Sinn macht. Aber wie steht es mit den anderen drei Kantonen, lassen sich da Vergleiche ziehen? Hier gilt es, an die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der kantonalen und der nationalen Wahlen zu erinnern. Bei Letzteren stellt der ganze Kanton einen Wahlkreis dar, die kantonalen Parlamentswahlen dagegen finden in unterschiedlich grossen regionalen Wahlkreisen statt: In St. Gallen und im Thurgau wird je in acht Wahlkreisen gewählt, in Schwyz gar in dreissig.

Dies hat zur Folge, dass den Wahlberechtigten nicht überall dasselbe Parteienangebot vorliegt. In kleinen Wahlkreisen kandidieren zu-

dem meistens weniger Parteien als in grossen, weitgehend aber stehen vor allem regional bekannte Kandidaturen zur Wahl. Bei den Nationalratswahlen dagegen können im ganzen Kanton dieselben Personen gewählt werden – und unter diesen findet sich auch die eine oder andere Bekanntheit aus der nationalen Politik.

Zwischen kantonalen und nationalen Wahlen gibt es auch aus Sicht der Wählenden Unterschiede. So ist die

Bei nationalen wie kantonalen Wahlen ist die SVP noch immer flächendeckend im Aufwind.

Beteiligung bei den kantonalen Wahlen meistens deutlich niedriger als bei den Nationalratswahlen: In den drei Kantonen St. Gallen, Schwyz und Thurgau betrug die Beteiligungsdifferenz jüngst 11 bis 13 Prozentpunkte. Es gibt auch Unterschiede im Wahlverhalten: Während FDP und CVP bei kantonalen Wahlen meistens besser abschneiden als bei den Nationalratswahlen, ist dies bei der SVP, die in den letzten Jahren stark gewachsen ist, nicht der Fall. Darin spiegelt sich auch die Top-down-Strategie des Parteaufbaus der SVP. Bei beiden Wahlen aber befindet sich die SVP immer noch flächendeckend im Aufwind, einfach auf unterschiedlichem Niveau.

All diesen Unterschieden ist Rechnung zu tragen, wenn die Ergebnisse der kantonalen Wahlen und der Nationalratswahlen verglichen werden. Und so dürfte das Faktum, dass bei den jüngsten kantonalen Wahlen in St. Gallen, Thurgau und Schwyz die Parteistärke der SVP um fünf bis sieben Prozentpunkte unter jener der Nationalratswahlen zu liegen kam, kaum mehr ernsthaft als Indiz dafür gewertet werden, dass die SVP ihren Zenit überschritten hätte. Eher verweist die Differenz auf ein SVP-Potenzial.

Dass kantonalen Parlamentswahlen und Nationalratswahlen nicht eins zu eins vergleichbar sind, zeigt auch ein Blick zurück: Vor vier Jahren stimmten in den drei erwähnten Kantonen bei den kantonalen Wahlen 8 bis 15 Prozentpunkte weniger für die SVP als bei den Nationalratswahlen – und es wird ja niemand im Ernst behaupten, 2004 hätte der Abstieg der SVP begonnen.

ZUR PERSON



Werner Seitz, 1954, ist Politologe. Er analysiert seit über zwanzig Jahren die Wahlen und Parteien in der Schweiz. Er leitet im Bundesamt für Statistik die Sektion «Politik, Kultur, Medien».

im Bundesamt für Statistik die Sektion «Politik, Kultur, Medien».

Harter Kampf um Ökoflächen

Der Bauernverband will weniger Raum für Natur

Minimal fünf statt wie bisher sieben Prozent ökologischer Ausgleichsflächen fordert der Bauernverband pro Betrieb. Interne Fachleute gestehen aber ein, dass die Flächen sinnvoller angelegt werden sollten.

CHRISTIAN VON BURG

130 Millionen Franken zahlt der Staat den Schweizer Bauern jährlich an Direktzahlungen, damit sie im Landwirtschaftsgebiet sogenannte ökologische Ausgleichsflächen unterhalten. Weil viele dieser Flächen von den Bauern aber nach betriebswirtschaftlichen und nicht nach ökologischen Kriterien angelegt werden, zeigt sich gesamtschweizerisch bisher kein Nutzen. Im Gegenteil: Die Zahl der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten hat im Landwirtschaftsgebiet sogar überproportional zugenommen (siehe «Bund» von gestern).

Den meisten Bauern scheinen die Ausgleichsflächen nicht sonderlich am Herzen zu liegen. Der Schweizer Bauernverband fordert gar eine Verringerung der minimalen Fläche pro Betrieb von bisher sieben auf fünf Prozent. Gesamtschweizerisch gelten heute 10 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Gebietes als Ausgleichsfläche. Natur- und Umweltschutzorganisationen sind empört über die Forderung des Bauernverbandes und fordern im Gegenteil eine weitere

Ausdehnung der Flächen auf 15 Prozent und vor allem eine qualitative Verbesserung der oft nur kurzfristig angelegten Flächen.

Geld flexibler einsetzen

Für Heinz Haenni, der beim Bauernverband für die Ausgleichsflächen zuständig ist, lassen sich die gegensätzlichen Forderungen vereinen: «Es macht Sinn, dort, wo der ökologische Nutzen bisher gering ist, auf Ausgleichsflächen zu verzichten und umgekehrt dort, wo wertvolle Lebensräume geschaffen werden können, mehr Land und Geld zu investieren.» Haenni gesteht ein, dass «heute nicht alle Flächen ökologisch sinnvoll angelegt» seien. In den letzten Jahren habe es zwar einen «eindrücklichen flächenmässigen Zuwachs» gegeben. In nächster Zeit sei das Geld aber «eher für mehr Vernetzungen und sinnvolle Projekte» auszugeben.

Haenni verweist aber auch darauf, dass die grosse Artenvielfalt in der Schweiz ursprünglich erst durch die Rodung des Waldes und durch die Landwirtschaft zustande gekommen sei. Gemäss Umfragen sei die Bevölkerung zwar gerne bereit, für den Erhalt der seltenen Tier- und Pflanzenarten Geld zu sprechen. Andererseits werde die Forderung nach günstigen Lebensmitteln immer lauter. Diese Anliegen seien kaum unter einen Hut zu bringen. Günstige Importprodukte würden meist mit niedrigeren Umweltauflagen produziert.

ANZEIGE



Grosser Brief, grosse Wirkung.

Mehr Wirkung bringt mehr Erfolg: Grössere Couverts fallen auf und machen neugierig auf den Inhalt. Werten Sie jetzt Ihre Geschäftskorrespondenz auf: www.post.ch/wirkung

Für grössere Wirkung bei Ihren Kunden.

Jetzt gewinnen:
Atlantiküberfahrt auf der Queen Mary II
www.post.ch/wirkung

PostMail
DIE POST